

Methodische Ratschläge

Die Parteigruppen in den Volksvertretungen

Autorität und Wirksamkeit der örtlichen Volksvertretungen zielstrebig weiter zu erhöhen verlangt, die Tätigkeit der Parteigruppen systematisch zu qualifizieren. Vom einheitlichen Handeln und Auftreten der Genossen Abgeordneten hängt es maßgeblich ab, daß die Volksvertretungen ihre wachsende Verantwortung beim Lösen gesamtstaatlicher Aufgaben wahrnehmen, die Tagungen von einer lebendigen und kritischen Atmosphäre getragen sind, daß sie die Erfahrungen der Volksvertreter sowie politische Meinungen und Vorschläge der Werktätigen widerspiegeln.

- Die leitenden Parteiorgane - von den Bezirksleitungen bis zu den Ortsleitungen - sichern durch ihre Anleitung, daß die Parteigruppen ihre nach Artikel 69 des Statuts fest umrissenen Aufgaben gut wahrnehmen; den Parteeinfluß in den Volksvertretungen allseitig verstärken; ihre Politik unter den Parteilosen vertreten; die Partei- und Staatsdisziplin festigen; den Kampf gegen Bürokratismus führen und die Durchführung der Beschlüsse von Partei und Regierung sichern.
- Von diesen Kriterien, nicht von der Zahl ihrer Beratungen oder gar von der Vorwegnahme der Beratung der Volksvertretung, wird die politische Wirksamkeit der Parteigruppe bestimmt. Sie arbeitet richtig, wenn in ihren Beratungen die Genossen Abgeordneten die Beschlüsse des Zentralkomitees, der Bezirks- und der Kreisleitung durcharbeiten und auf die Erfordernisse im eigenen

- Verantwortungsbereich schöpferisch anwenden.
- Die Arbeit der Abgeordneten wird gefördert, wenn leitende Genossen in Vorbereitung von Tagungen Grundfragen der Politik der Partei und die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge erläutern. Dabei sollte über politisch-ideologische Probleme informiert, die vielfältigen Fragen des Lebens, die die Werktätigen bewegen, zur Sprache gebracht und Antworten darauf gegeben werden.
- Es bewährt sich, in der Parteigruppe den Erfahrungsaustausch über die Durchführung der Beschlüsse und des Jahresplanes zu führen, insbesondere, wie durch territoriale Rationalisierung und Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden sowie zwischen ihnen und Betrieben, Kombinat, Genossenschaften und Einrichtungen alle örtlichen Reserven für die Planerfüllung genutzt werden können.
- Eine solche Beratung wird zum Forum der Unterstützung für alle Genossen Abgeordneten, wenn zugleich die Erfüllung ihres Parteeauftrages zur massenpolitischen Arbeit, ihr Kontakt zu den Arbeitskollektiven und den Bürgern, die Durchführung von Sprechstunden und ihre Arbeit mit den Eingaben eingeschätzt werden. Gute Erfahrungen bedürfen noch stärker der Verallgemeinerung.
- Die Parteigruppe wird sich kritisch mit Erscheinungen von Routine und Perfektionismus im Ablauf von Tagungen auseinandersetzen und Einfluß darauf nehmen, daß genügend Raum für interessante, aus der jeweiligen Situation und dem Leben erwachsende Diskussionen und Anfragen vorhanden ist.
- Die Genossen Abgeordneten müssen in den Beratungen der Parteigruppe die Möglichkeit finden, auch über ihre eigenen Probleme zu sprechen, gleich, ob sie ihr politisches Wirken, ihre Freizeit, die Anhäufung von Funktionen u.a.m. betreffen.

(NW)

Tatsachen zum Imperialismus

Angriffe auf die Sozialversicherung

Die **Monopolpresse** und andere Massenmedien in der BRD bemühen sich glaubhaft zu machen, daß das angeblich viel zu hohe Niveau der Sozialleistungen die Wirtschaft unerträglich belaste und dadurch wiederum die soziale Unsicherheit vergrößere und Krisen erzeuge.

Vom starken Ansteigen der Profite der Monopole ist in diesem Zusammenhang natürlich nicht die Rede, denn sie sind ja in diesem Staat für soziale Zwecke nicht gedacht. Und weil das so ist, richten sich die Angriffe des

Großkapitals in besonderem Maße gegen die Sozialversicherung, vor allem gegen die Renten- und Krankenversicherung.

Die **Rentenversicherung** in der BRD ist, nachdem sie seit Jahren ihre Vermögensrücklagen vergrößern konnte, in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Erzielte sie 1974 noch einen Überschuß von 4,2 Milliarden DM, so mußte ihr Vermögen bereits 1975 um etwa 3,5 Milliarden DM reduziert werden.

Die Monopolpropaganda versucht nun, das angeblich übertriebene Anspruchs-

denken der Werktätigen, insbesondere der Rentner, oder auch bestimmte Reformmaßnahmen der SPD/FDP-Regierung für diese Situation verantwortlich zu machen und damit zugleich ihre Überwindung auf dem Rücken der Werktätigen und Rentner zu begründen.

Die **wahren Ursachen** für die Finanzkrise der Rentenversicherung liegen jedoch nicht in der „Flut sozialer Reformen“, sondern im Gegenteil darin begründet, daß die sozialen Belange der Werktätigen in einem System, dessen oberste Maxime der Profit ist, mißachtet werden sowie in der krisenhaften Entwicklung des Systems.